

## *Staat und Gesellschaft in der Diktatur*

Tagung in Archangelsk, 11.–15. September 2007

Marc-Dietrich Ohse, Hannover

Nach Tagungen in Moskau vor zwei Jahren und in Tutzing im vergangenen Frühjahr<sup>1</sup> trafen sich russische und deutsche Historiker Mitte September in Archangelsk nun zum dritten Mal, um sich hier über »Historische Erfahrungen in Sowjetunion und DDR« auszutauschen. Die Stadt am Nordmeer bot mit ihrer Geschichte – dem wirtschaftlichen Aufstieg, der eng mit dem Wirken deutscher Händler verbunden war, mit den Straflagern auf den nahen Solovezki-Inseln, der Bombardierung Archangelsks als alliierter Nachschubhafen durch die deutsche Luftwaffe, dem militärisch-industriellen Komplex im benachbarten Severodvinsk – zahlreiche Punkte, an denen Fragen zu Verflechtungen russischer bzw. sowjetischer und deutscher Geschichte und zum Leben in der Diktatur ansetzen konnten.

So befasste sich *Natalia Paršina* (Archangelsk) mit den Kriegsgefangenen-Lagern 211 und 220 im Archangelsker Gebiet, in denen zwischen 1945 und 1948 neben 500 Deutschen 2000 Angehörige anderer Nationen (unter anderem Ungarn, Österreicher und Polen), darunter auch Frauen, interniert waren. Bereits in der Gründungsphase verstarben 700 Personen wegen der katastrophalen Bedingungen in den Lagern, zu denen die Forschungen allerdings erst vor kurzem begonnen haben.

Die Zwangsrepatriierung ehemaliger »Ostarbeiter« schilderte *Arkadij German* (Saratov). Von den Maßnahmen der unkoordinierten Repatriierungspolitik waren auch mindestens 1 000 Personen betroffen, die nie sowjetische Staatsbürger gewesen waren – einige von ihnen waren in Deutschland aufgegriffen und in die Sowjetunion verschleppt worden, um die entsprechenden Planzahlen erfüllen zu können. Im Zuge der Verständigung zwischen der Sowjetunion

und der Bundesrepublik begann die Rückführung widerrechtlich Repatriierter, doch wurde diese in etlichen Fällen auch verweigert. Um solche Rückführungen von vornherein auszuschließen, waren zahlreiche Kriegsgefangene als »Kriegsverbrecher« klassifiziert, zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt und in spezielle Lagern verbracht worden, wie *Vladimir Motrevič* (Jekaterinburg) darlegte. Allein im Gebiet um Swerdlowsk waren 17 000 Gefangene interniert, von denen mindestens 500 nicht in ihre Heimat zurückkehrten. Inwieweit diese aber alle tatsächlich »Kriegsverbrecher« waren, wird auch durch die russische Rehabilitierungspraxis nicht erhellt.

Sowjetische Einflüsse auf Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR standen im Mittelpunkt zahlreicher Referate. Den Einfluss der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) auf die Hochschulpolitik in ihrer Zone beleuchtete *Sebastian Schlegel* (Jena) in einer verwaltungsgeschichtlichen Darstellung, die den repressiven Charakter dieser Politik allerdings ausklammerte. Schlegel verdeutlichte, dass die Hochschulpolitik für die SMAD ein nachrangiges Politikfeld darstellte, für das sie zudem über keinerlei Konzeption verfügte. Deshalb und wegen der unklaren Kompetenzen fiel es der SMAD besonders schwer, den personellen Einfluss ihres Vasallen, der SED, an den Hochschulen durchzusetzen. Aus diesem Mangel wird man ebenso wenig eine »liberale« Tendenz der SMAD-Politik ableiten können wie für die Kulturpolitik aus deren Praxis, also den Folgen sowjetischer Entscheidungen. Das Etikett einer »liberalen Kulturpolitik der SMAD« wollte *Jan Foitzik* (Berlin) keineswegs den Intentionen

1 Vgl. DA, 1/2006, S. 126–128, u. 4/2007, S. 704–708.

nen und Methoden der Besatzungspolitik anheften. *Günther Heydemann* (Leipzig) hielt dieses Label in einem diktatorischen Kontext allerdings grundsätzlich für unangemessen.

Einen weitgehend unbekanntem Aspekt der SMAD-Politik betrachtete *Anna Čerednikova* (Archangelsk): Die Sorbenpolitik der SMAD habe sich an der stalinischen Nationalitätenpolitik orientiert, wonach alle ethnischen Gruppen in einer – proletarischen – Nation aufgehen sollten. Doch nicht allein deswegen, sondern auch um das Nomenklatursystem der SED nicht unterlaufen zu lassen, lehnten SMAD und SED über die Sprache und kulturelle Vereinigungen hinausgehende Zugeständnisse an die Sorben ab.

Dass die SMAD wesentlich zur Spaltung der gesamtdeutschen Parteien beigetragen hat, unterstrich *Boris Petelin* (Vologda). Als Beispiel führte er die CDU an, deren Spitzenpolitiker Andreas Hermes und Walther Schreiber wegen ihrer Kritik an der Bodenreform zum Rücktritt gezwungen wurden. Die Ost-CDU habe sich schließlich in einer ausgewogenen Position zwischen den Ansprüchen der SMAD und SED einerseits und Konrad Adenauer andererseits befunden, der für die Probleme seiner Parteifreunde in der SBZ offensichtlich ebenso wenig Verständnis aufbrachte wie Kurt Schumacher für die Ost-SPD, wie *Bernd Bonwetsch* (Moskau) anmerkte.

Einflüsse der Sowjetunion auf die DDR-Politik beleuchtete im Bezug auf die Landwirtschaft auch *Elke Scherstjanoi* (Berlin), die vor allem die Unterschiede in der Kollektivierung beider Staaten betonte. Der deutschen Agrarhistoriografie warf sie in dieser Hinsicht Einseitigkeit und eine »ideologisierte Argumentation« vor. Auch stellte Scherstjanoi den repressiven Charakter der Kollektivierung insofern in Frage, als sie unter anderem erklärte: »Eine Liquidierung der Großbauernschaft hat es in der DDR nicht gegeben.« *Matthias Uhl* (Moskau) skizzierte den Umbau der sowjetischen Geheimpolizei(en) vom NKWD zum MGB und schließlich zum KGB, in dessen Hand die geheimpolizeilichen Strukturen und Kompetenzen gebündelt worden sind. Der KGB sei zu einem »bürokratischen Geheimdienst poststalinistischer Prägung« ausgebaut worden, zu einem »System der präventiven Repression«. Demselben

Schema folgte dann auch der Auf- und Umbau des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit.

Die Entwicklung der sowjetischen Dissidenten seit dem poststalinistischen »Tauwetter« betrachtete *Manfred Wilke* (Berlin). Die Dissidenten hätten große Verdienste um die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte erworben, vor allem aber Teilen der spät-sowjetischen Gesellschaft »vom Stillschweigen zur freien Rede« verholfen. Die Entwicklung von Dissidenz und Opposition in der DDR haben sie nicht unmittelbar beeinflusst, doch sei dort jeder Wandel in der Sowjetunion aufmerksam registriert worden. Das gelte auch für das Alltagsleben in der DDR, so *Tatjana Timofeewa* (Moskau), das – wie die politische Kultur insgesamt – wesentlich von der Sowjetunion geprägt worden sei. Es habe den »Mustern einer totalitären Diktatur« entsprochen; die entsprechenden Mentalitäten seien »wie eine Erbkrankheit weitergegeben« worden und bis in die Gegenwart hinein wirksam.

Kontinuitäten russisch-sowjetischer Traditionen standen im Mittelpunkt der Referate von *Fljora Sokolova* über »Staat und Intelligenz in der UdSSR« und von *Vladimir Korotaev* (beide Archangelsk) über »Totalitären Sozialismus und Patriotismus«. Sokolova betonte die Vergötterung von westlicher Moderne und Despotismus, mit der bereits zahlreiche Intellektuellen im Zarenreich zur Rechtfertigung der Macht beitrugen. Die Bolschewiki hätten angesichts dessen ein utilitaristisches Verhältnis zu den Intellektuellen gepflegt, die sie zum Transfer ihrer Ideen in die Gesellschaft benutzten. Gleichwohl versuchten die Bolschewiki, eine neue, proletarische Intelligenz auszubilden, doch habe dieses Unterfangen am überzogenen Tempo und am extrem niedrigen Ausbildungsniveau gekrankt. Zudem sei die russische bzw. die sowjetische Intelligenz, sowohl vorrevolutionärer als auch revolutionärer Provenienz, überproportional von den Repressionen der Sowjets betroffen gewesen. Auch Korotaev betonte autoritaristische Traditionen in der Sowjetunion: »Autoritarismus, Orthodoxie, Volkstümmlichkeit« als Eckpfeiler des Zarismus seien zu »Autoritarismus, Stalin, Volk« als Basis des Stalinismus transformiert worden. Die Synthese von Stalinismus und Patriotismus sei in der Sowjetunion

insgesamt gelungen, indem etwa in der Architektur ein »neuer semiotischer Raum geschaffen« worden sei, der Tradition, Moderne und Repräsentativität miteinander verknüpfte. Dass das Sowjetsystem keineswegs statisch war, wie eine totalitarismustheoretische Betrachtung suggerieren könnte, verdeutlichte auch *Oleg Chlevnjuk* (Moskau) am Beispiel des Wechsels zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung seit der späten Stalin-Ära. Die in Krisenzeiten forcierte Zentralisierung sei unter Nikita Chruschtschow durch eine Stärkung der Peripherie abgelöst worden, die paradoxerweise zu seinem Sturz beigetragen habe. Der quantitative Rückbau der Nomenklatur habe mit deren Aufwertung korrespondiert, die später auch den Aufstieg einer neuen Generation in die Zentrale der Macht um Michail Gorbatschow begünstigt habe.

Der Vergleich solcher Entwicklungen mit denen in anderen sozialistischen Staaten sowie die Untersuchung von äußeren, insbesondere deutschen Einflüssen auf die sowjetische Geschichte waren zwei

der Forderungen, die am Ende der Tagung erhoben wurden. Gewürdigt wurde das Engagement russischer Historiker für die kritische Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte und für deren Vermittlung, deren erste Früchte vor Ort in den Abteilungen zum Gulag und zum Afghanistan-Krieg des Stadthistorischen Museums Archangelsk betrachtet werden konnten. Kritisiert wurde allerdings das naive Vertrauen einiger (hier nicht wiedergegebener) russischer Kollegen in die Quellen, die vielfach rein deskriptive Abhandlung und deren »methodologisch-theoretische Schwäche«.

Um diese Mängel beheben und den aufgeworfenen Fragen nachgehen zu können, ist es nötig, den begonnenen Austausch fortzusetzen. In diesen sollten auch Studierende (nicht nur der Geschichte) einbezogen werden. Mit der Teilnahme von Studentinnen und Studenten der örtlichen Lomonossow-Universität an der Tagung ist hierfür in Archangelsk ein Anfang gemacht worden.

## *Erbauungsliteratur in Backpflaumen*

»Der heimliche Leser in der DDR«

Tagung in Leipzig, 26.–28. September 2007

*Michael Westdickenberg, Berlin*

In unserer gegenwärtigen, durch einen Informationsüberfluss geprägten Situation, mutet ein Staat, der sich durch Zensur und Zollkontrollen von unerwünschter Literatur abschottet, geradezu exotisch an. Bis 1989 war das in der DDR eine Normalität, mit der die SED ihr Meinungsmonopol aufrechterhielt. Die Art und Weise, wie solche Restriktionen unterlaufen wurden, war Gegenstand einer Tagung Ende September in Leipzig, die von der Buchwissenschaft der Leipziger Universität, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem Leipziger Arbeitskreis zur Geschichte des Buchwesens veranstaltet wurde. Konzipiert worden war sie von *Siegfried Lokatis* (Leipzig) und von *Simone Barck* (Potsdam),

die am 17. Juli unerwartet im Alter von 62 Jahren verstorben war.

Das heimliche Lesen von publizierten Medien sei, so der Münchener Kommunikationswissenschaftler *Michael Meyen*, ein Paradoxon – zumindest wenn man das Diskussionssystem des Soziologen Niklas Luhmann zugrunde lege, da sie ja für die Öffentlichkeit hergestellt worden seien. Allerdings ist man sich in Fachkreisen einig, dass es in der DDR keine »normale« Öffentlichkeit gab, als Teil einer demokratischen Gesellschaft im Habermasschen Sinne, sondern eine von Partei und Staat hochgradig reglementierte, die allerdings ergänzt wurde von mehreren Teil- oder